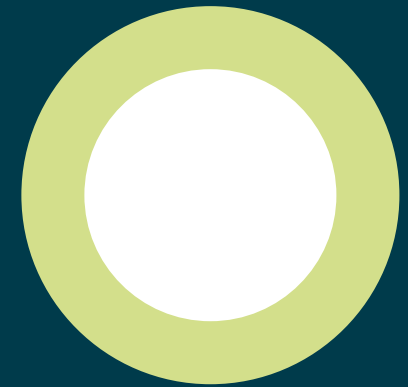


Stopp Gewalt!
Stop à la violence!
Stop alla violenza!
Stop dhunës!
Stop Violence!



Zaustavimo nasilje!
Não à violência!
;Stop a la violencia!
வன்முறையை நிறுத்து!
Şiddeti Durdurun!

Häusliche Gewalt

Polizeiliche Wegweisung
und Betretungsverbot –
Zivilrechtliche Schutzmassnahmen

Diese Informationsbroschüre soll Personen, die mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, über Rechte und Möglichkeiten im Zusammenhang mit der polizeilichen Wegweisung gewaltausübender Personen und dem Betretungsverbot orientieren. Sie enthält Antworten zu den häufigsten Fragen.

Herausgabe:

Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Frey-Herosé-Strasse 12, 5001 Aarau

Gestaltung: Rose Müller, Suhr
Druck: Druckerei Suhr AG

2. überarbeitete Auflage Juli 2009



Departement
Volkswirtschaft und Inneres

Häusliche Gewalt

Überblick der wichtigsten Gesetzesbestimmungen zum Schutz von Personen, die in ihrem persönlichen Umfeld von Ehe, Partnerschaft und Familie von Gewalt betroffen sind:

Wegweisung und Betretungsverbot (§ 34 Polizeigesetz)

Die Aargauer Polizei kann eine Person, die Gewalt anwendet oder damit droht, aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihr die Rückkehr bis längstens 20 Tage verbieten.

Polizeigewahrsam (§ 31 Polizeigesetz)

Zusätzlich zur Wegweisung kann die Aargauer Polizei eine gewaltausübende Person zum Schutz der Gewaltbetroffenen für längstens 24 Stunden in Gewahrsam nehmen.

Rechtfertigungsversuche der Gewaltausübenden wie Verharmlosung, Geldprobleme, Alkohol, Stress oder Provokationen werden nicht akzeptiert. Die Verantwortung für die Gewalt liegt immer bei der Person, die sie ausübt.

Die oben genannten Bestimmungen haben zum Ziel, weitere Gewalt zu verhindern und den Beteiligten eine Auszeit zu gewähren. In dieser Zeit kann sich die gewaltbetroffene Person über die weiteren Schritte klar werden und allenfalls beim Bezirksgericht Schutzmassnahmen im zivilrechtlichen Bereich beantragen.

Zivilrechtliche Schutzmassnahmen (nach Art. 28b Zivilgesetzbuch)

Eine gewaltbetroffene Person kann beim Bezirksgericht Massnahmen zu ihrem Schutz beantragen. Dazu sind insbesondere Annäherungs-, Quartier- oder Kontaktverbote vorgesehen. Das Bezirksgericht kann auch eine Wegweisung mit Betretungsverbot aussprechen.

Zusammenfassung	Deutsch	11
Përmbledhje	Albanisch	12
Summary	Englisch	13
Résumé	Französisch	14
Riepilogo	Italienisch	15
Rezime	Kroatisch	16
Resumo	Portugiesisch	17
Resumen	Spanisch	18
தொகுப்புரை	Tamilisch	19
Özet	Türkisch	20

Antworten auf die häufigsten Fragen

Die folgenden Fragen und Antworten beziehen sich auf die Themenbereiche:

- A. Wegweisung und Betretungsverbot (§ 34 Polizeigesetz)
- B. Polizeigewahrsam (§ 31 Polizeigesetz)
- C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

A. Wegweisung und Betretungsverbot

1. Wen schützt das Gesetz und wo gilt es?

Die gesetzlichen Bestimmungen schützen Personen, die häusliche Gewalt erfahren, unabhängig davon, ob die Gewalt vom Ehe- oder Lebenspartner, von der Ehe- oder Lebenspartnerin, von Eltern, Verwandten oder Mitbewohnern ausgeht. Bedingung ist, dass sich die von der gewaltbetroffenen Person bewohnten Räumlichkeiten im Kanton Aargau befinden. Andere Kantone haben jedoch vergleichbare gesetzliche Bestimmungen.

2. Wer kann weggewiesen werden?

Die Polizei kann Personen, die häusliche Gewalt ausüben, aus deren Wohnung oder Haus weisen und ihnen die Rückkehr während längstens 20 Tagen verbieten. Sie kann auch Personen wegweisen, die nicht in der Wohnung der gewaltbetroffenen Person wohnhaft sind, sich aber regelmässig dort aufhalten.

3. Ist die Wegweisung vom Willen des Opfers abhängig?

Nein. Liegt eine ernsthafte Gefährdung vor und wünscht das Opfer – aus Angst oder wegen versteckter Drohungen – keine Wegweisung, kann die Polizei trotzdem eine Wegweisung anordnen. Damit soll das Opfer entlastet werden.

4. Spielen die Eigentums- oder Mietverhältnisse eine Rolle?

Nein, sie spielen keine Rolle. Die Polizei kann jede Person, von der eine Gefahr ausgeht, zum Schutz des Opfers wegweisen. Das gilt auch dann, wenn die gewaltausübende Person Eigentümerin oder alleinige Mieterin der Räumlichkeiten ist.

5. Was geschieht mit den Wohnungs- bzw. Hausschlüsseln?

Die Polizei nimmt der gewaltausübenden Person bei der Wegweisung die Wohnungs- bzw. Hausschlüssel ab.

6. Muss die weggewiesene Person während des Betretungsverbots erreichbar sein?

Ja. Die weggewiesene Person wird von der Polizei aufgefordert, ihr eine Adresse und eine Telefonnummer anzugeben, unter der sie während des Betretungsverbots erreicht werden kann.

7. Was darf die weggewiesene Person mitnehmen?

Sie kann dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitnehmen (beispielsweise persönliche Dokumente, Ausweise, Kleidung, Medikamente, eigener Laptop usw.).

8. Für welche Bereiche gilt das Betretungsverbot?

Es gilt für die Wohnung oder das Haus und für die unmittelbare Umgebung. Dazu gehören zum Beispiel Treppenhaus, Gänge, Keller, Waschküche, Hof, Garage, Garten und Zugang oder Zufahrt zum Haus. Die Polizei muss den räumlichen Schutzbereich in der Wegweisungsverfügung klar bezeichnen. Diese wird der gewaltausübenden Person ausgehändigt. Die gewaltbetroffene Person erhält eine Kopie.

9. Was passiert, wenn die gewalttätige Person nicht freiwillig geht?

In diesem Fall kann die Polizei Zwang anwenden und die gewaltausübende Person mitnehmen. Bei weiterer Bedrohung kann sie die weggewiesene Person in Polizeigewahrsam nehmen oder die Strafuntersuchungsbehörde einschalten.

10. Kann die Wegweisung und das Betretungsverbot auch ausgesprochen werden, wenn die Polizei erst nachträglich über die Gewalt informiert wird?

Ja, wenn die gewaltbetroffene Person weitere Misshandlungen befürchten muss.

11. Wie lange gilt das Betretungsverbot?

Die Polizei legt fest, wie lange das Betretungsverbot dauert. Das Verbot gilt ab sofort und dauert längstens 20 Tage.

12. Kann gegen das Betretungsverbot Beschwerde erhoben werden?

Ja. Bei der in der Verfügung bezeichneten Behörde kann Beschwerde erhoben werden. Diese hat allerdings keine aufschiebende Wirkung und damit keine unmittelbare Auswirkung auf das Verbot: Die Verfügung gilt weiter, bis ein gegenteiliger Entscheid gefällt wird.

13. Wird die Einhaltung des Betretungsverbots kontrolliert?

Die Polizei kann das Betretungsverbot kontrollieren. Dies tut sie vor allem dann, wenn sie die Gefahr einer erneuten Gewalteskalation als hoch einstuft.

14. Was passiert, wenn die weggewiesene Person das Betretungsverbot missachtet?

In diesem Fall sollte das Opfer sofort die Polizei rufen. Die Polizei entfernt die weggewiesene Person – notfalls mit Zwang. Das Nichtbeachten der Verfügung stellt zudem eine strafbare Handlung dar (Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung) und wird mit Busse bestraft. Bei erneuter Gefährdung, zum Beispiel bei Drohung und wiederholter Missachtung, kann die Polizei die weggewiesene Person auch in Polizeigewahrsam nehmen oder bei der Strafverfolgungsbehörde eine Inhaftierung beantragen.

15. Kann die weggewiesene Person zurückkommen, wenn sie sich wieder beruhigt hat?

Nein. Solange das Betretungsverbot angeordnet ist, darf die gewaltausübende Person nicht zurückkommen. Auch wenn das Opfer mit einer Rückkehr vor Ablauf des Verbots einverstanden ist, macht sich die weggewiesene Person bei der Betretung der in der Verfügung bezeichneten Örtlichkeit strafbar. Muss die gewaltausübende Person dringend benötigte Gegenstände in der Wohnung oder im Haus abholen, darf dies nur in Begleitung der Polizei geschehen..

16. Verlieren gewaltbetroffene ausländische Staatsangehörige ihre Aufenthaltsbewilligung, wenn ihr Partner oder Ehemann von der Polizei weggewiesen wurde?

Nein. Die Wegweisung ist lediglich ein Instrument zur kurzfristigen Gefahrenabwehr. Wenn die Aufenthaltsbewilligung der gewaltbetroffenen Person an den Verbleib beim Ehepartner oder der Ehepartnerin gebunden ist, lohnt sich mittelfristig eine Abklärung der Situation bei der Beratungsstelle des Migrationsamtes. Wird eine Trennung oder Scheidung beabsichtigt, empfiehlt sich aufgrund der teilweise komplexen Situation des Aufenthaltsrechts eine rechtliche Beratung.

17. Erhalten gewaltbetroffene Personen Beratung?

Ja. Im Anschluss an eine Polizeiintervention nimmt die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau mit der gewaltbetroffenen Person Kontakt auf und bietet ihr eine Beratung sowie die Weitervermittlung an eine geeignete Fachstelle an. Diese Dienstleistung ist kostenlos.

Liegt eine Straftat vor, ist das Opfer berechtigt, die Opferhilfe in Anspruch zu nehmen. In diesem Fall leitet die Polizei – falls das Opfer einverstanden ist – dessen Personalien direkt an die Opferhilfe AG/SO weiter. Diese nimmt dann Kontakt auf und informiert, unterstützt und berät die gewaltbetroffene Person in persönlichen und rechtlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Straftat und dem Schutz vor weiterer Gewalt ergeben. Diese Beratung ist kostenlos und untersteht der Schweigepflicht. Die Opferhilfe AG/SO sowie weitere Beratungsstellen können auch ohne vorgängige Intervention der Polizei kontaktiert werden. Eine Liste der wichtigsten Hilfsangebote befindet sich auf der abtrennbaren Umschlagklappe am Ende der Broschüre.

18. Ist auch für gewaltausübende Personen Beratung vorgesehen?

Ja. Nach einer Polizeiintervention nimmt die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau auch mit der gewaltausübenden Person Kontakt auf und lädt sie zu einer Kurzberatung ein. Zusammen mit einer Fachperson wird geklärt, welche Unterstützung notwendig ist, um künftig Gewalt zu vermeiden. Diese Dienstleistung ist kostenlos.

19. Was kann eine gewaltausübende Person tun, um künftig Gewalt zu vermeiden?

Gewalt ist keine Lösung. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Strategien für Konfliktbewältigung und gewaltloses Zusammenleben zu erlernen. Die Beratungsstelle «Gewaltfrei» bietet Frauen und Männern Einzelberatungen sowie ein Lernprogramm an, welches einzeln oder in einer Gruppe absolviert wird. Für diese Angebote wird ein Kostenbeitrag erhoben. Die Beratungsstelle kann auch ohne vorgängige Intervention der Polizei kontaktiert werden.

B. Polizeigewahrsam

20. Kann die Polizei eine gewaltausübende Person auch in Gewahrsam nehmen?

Ja, wenn sie zum Beispiel unter offenkundigem Alkohohl- oder Drogeneinfluss steht oder erkennen lässt, dass sie dem Betretungsverbot keine Folge leisten wird.

21. Wie lange kann die Polizei eine Person in Gewahrsam nehmen?

Der Gewahrsam darf nicht länger als 24 Stunden dauern. Bei weiterer Gefährdung anderer Personen kann der Gewahrsam durch das Bezirksamt in Untersuchungshaft umgewandelt werden.

22. Können polizeilicher Gewahrsam und Wegweisung mit Betretungsverbot gleichzeitig verhängt werden?

Ja. Auch wenn die gewaltausübende Person in polizeilichen Gewahrsam genommen wird, kann eine Wegweisung mit Betretungsverbot ausgesprochen werden. Gerade in diesen Fällen ist ein polizeiliches Verbot besonders wichtig, da eine Rückkehr in die gemeinsame Wohnung erneut zu einer Eskalation führen kann. Die gewaltbetroffene Person soll – unbehelligt von weiteren Angriffen – entscheiden können, ob sie allenfalls beim Bezirksgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen ersuchen will.

C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

Möchte die gewaltbetroffene Person Schutz, der länger als das Betretungsverbot dauert, muss sie beim zuständigen Bezirksgericht umgehend ein Gesuch um Anordnung von Schutzmassnahmen einreichen. Dieses Gesuch kann jederzeit auch ohne vorgängige Intervention der Polizei erfolgen. Welche Schutzmassnahmen beantragt werden, hängt davon ab, ob die gewaltbetroffene Person verheiratet ist oder nicht.

23. Welche zivilrechtlichen Schutzmassnahmen können Sie beantragen?

Nach Art. 28b des Zivilgesetzbuches können Opfer von Gewalt, Drohungen und Nachstellungen unabhängig vom Zivilstand dem Bezirksgericht beantragen, der gewaltausübenden Person insbesondere Folgendes zu verbieten:

- Annäherungsverbot: Der gewaltausübenden Person wird untersagt, sich der gewaltbetroffenen Person anzunähern oder sich in einem bestimmten Umkreis ihrer Wohnung aufzuhalten.
- Ortsverbot: Der gewaltausübenden Person wird verboten, sich an ausgewählten Orten (wie bestimmten Strassen, Plätzen oder Quartieren) aufzuhalten.
- Kontaktverbot: Die gewaltausübende Person darf weder auf telefonischem noch auf schriftlichem oder elektronischem Weg Kontakt zur gewaltbetroffenen Person aufnehmen oder sie in anderer Weise belästigen.
- Wegweisung mit Rückkehr- bzw. Betretungsverbot: Lebt die gewaltbetroffene Person mit der gewaltausübenden Person in einer Wohnung zusammen, so kann das Bezirksgericht die gewaltausübende Person aus der Wohnung weisen und ihr die Rückkehr für eine bestimmte Zeit verbieten.

24. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der gewaltausübenden Person verheiratet sind?

In diesem Fall müssen Sie möglichst rasch beim zuständigen Bezirksgericht ein Gesuch um Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes stellen (Zivilgesetzbuch Art. 175 ff.). Im Rahmen dieses Gesuches können auch die Schutzmassnahmen gemäss Art. 28b des Zivilgesetzbuches (siehe Frage 23) beantragt werden. Auch wenn bereits ein Ehescheidungsverfahren beim Gericht hängig ist, können Sie um Schutzmassnahmen ersuchen. Es ist wichtig, dass Sie sich vorher beraten lassen, damit Sie die richtigen Anträge stellen und die nötigen Unterlagen und Beweismittel beilegen. Die Beratungsstellen sowie allenfalls ein Anwalt oder eine Anwältin unterstützen Sie bei der Antragstellung.

25. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der gewaltausübenden Person nicht verheiratet sind??

Nichtverheiratete Personen können den zivilrechtlichen Persönlichkeitschutz nach Art. 28 ff. des Zivilgesetzbuches in Anspruch nehmen. Dabei geht es vor allem um Schutzmassnahmen gemäss Art. 28b (siehe Frage 23). Stellen Sie möglichst rasch beim Bezirksgericht ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen. Auch hier ist es wichtig, dass Sie sich vorher rechtlich beraten lassen.

Für den Schutz von Kindern ist bei nichtverheirateten Paaren nicht das Bezirksgericht, sondern die Vormundschaftsbehörde zuständig.

26. Wie kann häusliche Gewalt vor Bezirksgericht nachgewiesen werden?

Häusliche Gewalt muss glaubhaft gemacht werden. Nützliche Unterlagen sind:

- Angaben über Polizeieinsätze sowie Wegweisungsverfügungen
- ärztliche Atteste und Fotos von Verletzungen
- Aussagen von Medizinalpersonen, die die Personen bereits behandelt haben und durch diese vom Arztgeheimnis entbunden worden sind
- allfällige Zeugen oder Zeuginnen aus der Nachbarschaft, Arbeitskollegen und -kolleginnen usw.
- Berichte oder Gutachten von Behörden (zum Beispiel Vormundschaftsbehörde, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst)
- Briefe, SMS, E-Mails, Aufzeichnungen auf dem Anrufbeantworter
- Kleidungsstücke
- Beratungskontakte oder schriftliche Auskünfte von Beratungsstellen und Frauenhäusern
- frühere Strafurteile und Verfügungen.

27. Wird die gewaltausübende Person zu den Anträgen befragt?

Ja. Die gewaltausübende Person hat das Recht angehört zu werden, eigene Anträge zu stellen und Beweismittel einzureichen. Das Gericht entscheidet in der Regel nach Anhören beider Parteien.

28. Was sind dringliche Anordnungen?

Bei zeitlicher Dringlichkeit kann das Gericht auch ohne Anhörung der Gegenpartei für die Dauer des Prozesses provisorische Anordnungen treffen. Es kann beispielsweise bestimmen, dass die Wohnung vorläufig weiterhin dem Opfer zugeteilt wird und ein Betretungsverbot gilt. Vor dem definitiven Entscheid wird der gewaltausübenden Person aber in jedem Fall das rechtliche Gehör gewährt. Es empfiehlt sich, bezüglich der Wohnungszuteilung und des Betretungsverbots eine dringliche (superprovisorische) Verfügung zu beantragen.

29. Wird das Opfer im zivilen Gerichtsverfahren mit der gewaltausübenden Person konfrontiert?

Das Gericht lädt beide Parteien zu einer mündlichen Verhandlung vor. Ist das Opfer aus psychischen Gründen oder wegen der Gefährdung nicht in der Lage, dem Partner oder der Partnerin zu begegnen, empfiehlt sich ein Antrag beim Gericht auf getrennte Befragung und auf Vermeidung einer direkten Konfrontation. Überdies kann Polizeischutz für die Verhandlung verlangt werden. Den entsprechenden Anträgen wird je nach Gefährdungssituation stattgegeben. Die Beratungsstellen oder eine anwaltschaftliche Vertretung unterstützen Sie in diesen Fragen.

30. Wer bezahlt Gerichts- und allfällige Anwaltskosten?

Ist eine Person nicht zahlungsfähig, kann sie ein Gesuch um unentgeltliche Prozessführung eingeben. Die Zahlungsunfähigkeit ist mit Angaben über die finanziellen Verhältnisse zu belegen.

31. Was können Sie tun, wenn die gewaltausübende Person die gerichtlich angeordneten Verbote missachtet?

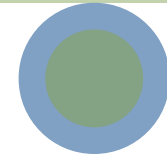
Rufen Sie sofort die Polizei und weisen sie ihr den richterlichen Entscheid vor. Die Polizei sorgt dafür, dass sich die fehlbare Person von den ihr verbotenen Orten (Wohnung, Haus, Quartier usw.) entfernt. Das Nichtbeachten der Verbote stellt eine strafbare Handlung dar und wird mit Busse bestraft. Informieren Sie zudem möglichst schnell das zuständige Bezirksgericht schriftlich über den Vorfall und beantragen Sie allenfalls zusätzliche Massnahmen.

Achten Sie auf Ihre Sicherheit

Die Gesetzesbestimmungen zur Wegweisung bieten mehr Schutz für die Betroffenen und ausserdem die Möglichkeit, in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Sie bieten jedoch keinen absoluten Schutz vor weiterer Gewalt. In gefährlichen Situationen kann es wichtig sein, dass die gefährdete Person und ihre Kinder trotzdem die Wohnung oder das Haus verlassen und eine sichere Unterkunft aufsuchen, zumindest bis die gefährlichste Zeit vorbei ist. In Zeiten von Trennung oder Scheidung steigen Gewalttaten an. Weitere Faktoren erhöhen die Gefahr zusätzlich: Waffenbesitz, Alkohol- und Drogenkonsum, Suizid- und Morddrohungen oder auch krankhafte Eifersucht und Besitzdenken.

Die Befreiung aus einer Gewaltbeziehung ist schwierig und gelingt kaum ohne Hilfe. Es ist notwendig, möglichst frühzeitig Unterstützung zu beanspruchen. So kann es gelingen, dass sowohl gewaltausübende wie auch gefährdete Personen in Zukunft ein gewaltfreies Leben führen können.

**In einer akuten Gefahrensituation:
Polizei-Notruf 117**



Stopp Gewalt!

Informationen zu Wegweisung und Betretungsverbot bei häuslicher Gewalt – Zivilrechtliche Schutzmassnahmen

Seit 1. Januar 2007 kann die Polizei des Kantons Aargau gewalttätige Personen aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihnen die Rückkehr für längstens 20 Tage verbieten. Damit soll weitere Gewalt im persönlichen Umfeld von Familie, Ehe und Partnerschaft verhindert werden.

Während der Dauer des Betretungsverbots darf die weggewiesene Person die Wohnung oder das Haus sowie die unmittelbare Umgebung nicht betreten – auch nicht, wenn die gewaltbetroffene Person mit einer Rückkehr einverstanden ist. Missachtet die weggewiesene Person das Betretungsverbot, wird sie mit Busse bestraft.

Für gewaltbetroffene Personen:

Im Anschluss an eine Polizeiintervention nimmt die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau Kontakt mit Ihnen auf und bietet Ihnen eine Beratung sowie die Weitervermittlung an eine geeignete Fachstelle an. Diese Dienstleistung ist kostenlos.

Liegt eine Straftat vor, haben Sie das Recht, die Opferhilfe in Anspruch zu nehmen. In diesem Fall leitet die Polizei – falls Sie es wünschen – Ihre Personalien direkt an die Opferhilfe AG/SO weiter. Die Beraterin oder der Berater nimmt dann Kontakt mit Ihnen auf und hilft Ihnen beim weiteren Vorgehen.

Sie können auch von sich aus die Opferhilfe AG/SO kontaktieren (Tel. 062 837 50 60). Auch diese Beratung ist kostenlos. Die Opferhilfe AG/SO informiert Sie ferner, wenn Sie beim Bezirksgericht Schutz beantragen wollen, der länger als das Betretungsverbot dauert. Der Antrag sollte vor Ablauf des Verbots gestellt werden.

Hält sich die weggewiesene Person nicht an das Betretungsverbot, sollten Sie sofort die Polizei rufen (Tel. 117). Fühlen Sie sich zu Hause nicht sicher, so finden Sie eventuell bei Verwandten oder Bekannten oder im Frauenhaus Schutz (Tel. 062 823 86 00).

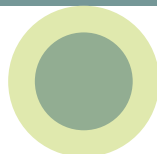
Für gewaltausübende Personen:

Gewalt ist keine Lösung. Im Anschluss an eine Polizeiintervention nimmt die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau Kontakt mit Ihnen auf und lädt Sie zu einer Kurzberatung ein. Zusammen mit einer Fachperson wird geklärt, welche Unterstützung Sie benötigen, um künftig Gewalt zu vermeiden. Diese Dienstleistung ist kostenlos.

Die Beratungsstelle «Gewaltfrei» (Tel. 062 834 40 20) bietet eine längerfristige Gewaltberatung sowie ein Programm an, um Strategien für ein gewaltloses Verhalten zu erlernen. Für diese Angebote wird ein Kostenbeitrag erhoben. Sie können die Beratungsstelle auch ohne vorgängige Polizeiintervention kontaktieren. Nehmen Sie Hilfe in Anspruch, bevor es zu spät ist.

Adressen:

Die Adressen der wichtigsten Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt finden Sie auf der abtrennbaren Umschlagklappe am Ende der Broschüre.



Stop dhunës!

Informata lidhur me dëbimin nga shtëpia dhe ndalimin e hyrjes në të në rast të dhunës shtëpiake – masat mbrojtëse civilo-juridike

Që nga 1 janari 2007 policia e Kantonit Aargau mund të dëbojë personat që ushtrojnë dhunë, nga banesa ose shtëpia dhe të ndalojë kthimin e tyre në shtëpi për maksimalisht 20 ditë. Me këtë synohet të pengohet dhuna e mëtejshme në mjedisin personal familjar, bashkëshortor ose të partneritetit.

Gjatë periudhës së ndalim-hyrjes, personit të dëbuar nuk i lejohet të hyjë në banesë apo shtëpi, dhe as në rethinën e afërt, edhe në qoftë se personi i prekur nga dhuna shprehet dakort me kthimin. Nëse personi i dëbuar nuk e respekton ndalim-hyrjen, atëherë do të ndëshkohet me gjobë.

Për personat e prekur nga dhuna:

Pas intervenimit nga ana e policisë, Zyra kundër dhunës shtëpiake (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) ju kontakton dhe ju ofron juve një këshillim si dhe ju ndërmjetëson tek një ent profesional i përshtatshëm. Ky shërbim është falas.

Në rast të një veprë penale ju keni të drejtë të shfrytëzoni Ndihmën për viktimë. Në këtë rast policia – nëse ju e dëshironi këtë – ia transmeton drejtpërdrejt Ndihmës për viktimë (Opferhilfe AG/SO) të dhënat tuaja personale. Pastaj këshilltarja ose këshilltari ju kontakton dhe ju ndihmon lidhur me veprimet e mëtejshme. Edhe ju vetë mund të kontaktoni Ndihmën për viktimë (tel. 062 837 50 60). Edhe ky këshillim është falas. Ndihma për viktimë ju këshillon gjithashtu nëse dëshironi të kërkon mbrojtje në Gjykatën e Qarkut (Bezirksgericht), kur bëhet fjalë për një mbrojtje që zgjat më shumë se sa ndalimi i hyrjes. Kërkesa duhet të parashtrohet para se të mbarojë periudha e ndalim-hyrjes.

Nëse personi i dëbuar nuk i përmbahet ndalim-hyrjes, atëherë thirrni menjëherë policinë (tel. 117). Në qoftë se nuk ndiheni të sigurtë në shtëpi, atëherë mund të gjeni mbrojtje dhe strehim eventualisht tek të afërmit, miqtë ose në Shtëpinë e Grave (Frauenhaus Aargau-Solothurn: tel. 062 823 86 00).

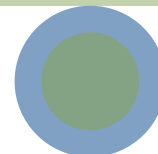
Për personat që ushtrojnë dhunë:

Dhuna nuk është një zgjidhje. Pas intervenimit nga ana e policisë, Zyra kundër dhunës shtëpiake (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) ju kontakton dhe ju ofron për një këshillim të shkurtër. Së bashku me një person të specializuar do të sqarohet se cila përkrahje ju nevojitet juve për të shmangur dhunën në të ardhmen. Ky shërbim është falas.

Zyra këshillimore «Gewaltfrei» [= pa dhunë] (tel. 062 834 40 20) ofron një këshillim afatgjatë lidhur me dhunën si dhe një program për të mësuar strategji për t'u sjellur në mënyrë të padhunshme. Për këto oferta duhet të paguhet një kontribut në shpenzime. Ju mund të shkoni në zyrën këshillimore edhe pa patur përpara një intervenim nga ana e policisë. Kërkon ndihmë, përpara se të bëhet vonë!

Adresat:

Adresat e ofertave më të rëndësishme për ndihmë në rast të dhunës në familje, mund t'i gjeni në kapërtinën e ndarë në fund të broshurës.



Stop Violence!

Information about orders to vacate the home and restraining orders related to domestic violence – civil law-related preventive measures

Since 1 January 2007, the police of the Canton of Aargau can order violent people to vacate an apartment or house and prohibit them from returning for up to 20 days. This is to prevent further violence from occurring within the personal environment of the family or within a marriage or a partnership.

During the period of the restraining order, the perpetrator is not allowed to enter the apartment or house or remain in the near vicinity – not even if the victim is agreeable to their return. If the perpetrator disobeys the restraining order, they will be fined.

For the victims:

In the wake of an intervention by the police, the centre for the prevention of domestic violence (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) will contact you and offer you advice in addition to directing you to a suitable specialist organisation. This service is free of charge.

In the event of a criminal offence, you have the right to take advantage of the Victim Support service. In this case, the police will forward your personal details directly to the Victim Support Office (Opferhilfe AG/SO). An adviser will subsequently get in touch with you and help you take further action. You may also decide to contact the Victim Support Office yourself (tel: 062 837 50 60). This service is also free of charge. The Victim Support Office will also advise you if you would like to apply for further protection via the District Court (Bezirksgericht) that would last longer than the restraining order. The application should be submitted before the restraining order expires.

If the perpetrator does not adhere to the restraining order, you should call the police immediately (tel: 117). If you do not feel safe at home, it might be possible to find protection with relatives or acquaintances or in the Women's Refuge Centre (Frauenhaus Aargau-Solothurn, tel: 062 823 86 00).

For the perpetrators:

Violence is not the answer. In the wake of an intervention by the police, the centre for the prevention of domestic violence (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) will contact you and invite you to a brief consultation. There, you will meet with a specialist to clarify which type of support you need in order to avoid violence in future. This service is free of charge.

The advice centre for the prevention of violence «Gewaltfrei» (tel: 062 834 40 20) offers advice on the topic of violence and a programme designed to teach participants non-violent behavioural strategies on a more long-term basis. These courses require a financial contribution. You may also contact the advice centre in the event that no police intervention has occurred. Get help before it's too late.

Addresses:

The addresses of the most important advisory services for domestic violence are on the detachable flap at the end of the brochure.



Stop à la violence !

Information concernant l'expulsion et l'interdiction de réintégrer le domicile en cas de violence domestique – Mesures de protection civiles

Depuis le 1er janvier 2007, la police du canton d'Aargau peut expulser les personnes violentes de l'appartement ou de la maison et leur interdire le retour pour une durée de 20 jours au plus. Ceci afin d'éviter toute violence ultérieure perpétrée dans l'environnement personnel de la famille, du mariage et de l'association. Pendant la durée de l'interdiction, la personne expulsée ne doit pas retourner dans l'appartement ni dans la maison ni dans les environs immédiats – même si la personne victime de violence est d'accord sur le retour. Si la personne expulsée ne respecte pas l'interdiction de réintégrer le domicile, elle est punie d'une amende.

Pour les personnes victimes de violence:

À l'issue d'une intervention de la police, le service d'assistance aux victimes de violence domestique (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) prend contact avec vous et vous propose aide et conseil par le biais d'une consultation, il pourra également vous orienter vers un service spécialisé compétent en la matière. Cette consultation est gratuite.

En cas de délit, vous avez droit à l'aide aux victimes. Dans ce cas, la police transmet vos données – si vous le souhaitez – directement au Service d'aide aux victimes (Opferhilfe AG/SO). Une conseillère ou un conseiller prend contact avec vous et vous aide dans les démarches à suivre. Vous pouvez aussi contacter vous-même le Service d'aide aux victimes (Tél. 062 837 50 60). Ce service est également gratuit. Le Service d'aide aux victimes vous informera également dans le cas où vous souhaitez présenter une demande d'ordonnance de protection auprès du tribunal de district (Bezirksgericht), qui dure plus longtemps que l'interdiction de pénétrer dans le domicile. La demande doit être présentée avant l'expiration de la dite interdiction.

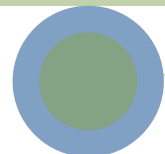
Si la personne expulsée ne respecte pas l'interdiction de réintégrer le domicile, vous devrez immédiatement appeler la police (Tél. 117). Si vous ne vous sentez pas en sécurité à votre domicile, trouvez éventuellement refuge auprès de parents ou d'amis ou bien dans une maison d'accueil pour femmes (Frauenhaus Aargau-Solothurn, Tél. 062 823 86 00).

Pour les personnes faisant usage de la violence:

La violence n'est pas une solution. À l'issue d'une intervention de la police, le service d'assistance aux victimes de violence domestique (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) prend contact avec vous et vous invite à un bref entretien dans le but de vous conseiller. Une personne qualifiée vous aide à définir le soutien dont vous avez besoin afin d'éviter l'usage de la violence à l'avenir. Cette consultation est gratuite. Le bureau de consultation «Gewaltfrei» (Non violence) (tél. 062 834 40 20) propose un service à long terme d'aide et de conseil contre la violence ainsi qu'un programme permettant d'élaborer des stratégies pour un comportement non violent. Pour profiter de ces offres, une participation aux frais sera demandée. Vous pouvez également convenir d'un rendez-vous auprès du bureau de consultation, sans qu'il y ait eu une intervention de police au préalable. Demandez de l'aide avant qu'il ne soit trop tard.

Adresses:

Vous trouverez les adresses des offres d'aide les plus importantes en cas de violence domestique sur le rabat détachable de l'enveloppe, à la fin de la brochure.



Stop alla violenza!

Informazioni sull'allontanamento e sul divieto d'accesso in caso di violenza domestica – Misure di prevenzione di diritto civile

Dal primo gennaio 2007 in caso di violenza domestica la polizia del Canton Argovia è autorizzata ad allontanare le persone violente dall'appartamento o dalla casa e a proibirne loro l'accesso fino ad un massimo di 20 giorni. Questo dovrebbe impedire ulteriori violenze nella sfera della famiglia, del matrimonio e della coppia.

Durante il divieto d'accesso la persona allontanata non può accedere all'appartamento o alla casa, né aggirarsi nelle loro immediate vicinanze, nemmeno se la persona che ha subito la violenza acconsente al ritorno. In caso di mancata osservanza del divieto d'accesso la persona allontanata sarà punita.

Per le persone che hanno subito violenza:

Dopo l'intervento della polizia, l'ufficio addetto alle questioni concernenti la violenza domestica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) La contatta, Le offre una consulenza e La indirizza ad un ufficio competente. Questo servizio è gratuito.

In caso di reato Lei ha il diritto di richiedere l'aiuto alle vittime di reati. In tal caso la polizia, qualora Lei lo desideri, trasmette i dati personali direttamente al servizio d'aiuto alle vittime (Opferhilfe AG/SO). La consulente o il consulente La contatterà e L'aiuterà nelle procedure successive. Lei ha anche la possibilità di contattare di Sua iniziativa il servizio d'aiuto alle vittime (tel. 062 837 50 60). Anche questa consulenza è gratuita. Inoltre detto servizio La informa su come richiedere al tribunale distrettuale (Bezirksgericht) misure di tutela che vadano oltre il divieto d'accesso. La domanda deve essere inoltrata prima della scadenza di quest'ultimo.

Se la persona allontanata non rispetta il divieto d'accesso, chiami immediatamente la polizia (tel. 117). Se non si sente al sicuro nella Sua abitazione cerchi protezione presso parenti o amici, oppure presso la casa delle donne (Frauenhaus Aargau-Solothurn, tel. 062 823 86 00).

Per le persone che esercitano la violenza:

La violenza non è una soluzione. Dopo l'intervento della polizia l'ufficio addetto alle questioni concernenti la violenza domestica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau). La contatta e La inviterà ad una breve consulenza. Insieme ad una persona esperta verranno individuate le misure di assistenza necessarie per prevenire in futuro la violenza. Questo servizio è gratuito.

Il consultorio «Gewaltfrei» (tel. 062 834 40 20) offre una consulenza a lungo termine sulla violenza nonché un programma con cui apprendere le strategie necessarie per adottare un comportamento non violento. Per questi servizi viene chiesto un contributo spese. Lei può rivolgersi al consultorio anche senza che abbia avuto luogo alcun intervento della polizia. Chieda aiuto prima che sia troppo tardi.

Indirizzi:

Gli indirizzi più importanti per proposte d'aiuto in caso di violenza domestica sono riportati sull'ultima pagina, staccabile, di questo prospetto.



Zaustavimo nasilje!

Obavještenje u vezi sa istjerivanjem iz stana odn. kuće i zabrane ulaska u stan odn. kuću u slučaju obiteljskog nasilja – građanskopravne zaštitne mjere

Počev od 1. siječnja/januara 2007 godine policijski službenici Kantona Aargau mogu istjerati nasilne osobe iz stana ili kuće i izreći im zabranu povratka u trajanju od najviše 20 dana. Na taj se način želi spriječiti daljnje nasilje u obitelji, braku ili vanbračnoj zajednici.

Sve dok je na snazi zabrana pristupa, osoba izbačena iz stana ili kuće ne smije ući u stan ili kuću, niti boraviti u neposrednoj blizini – pa čak ni ako bi se zlostavljana osoba slagala s time. Prekršaj zabrane pristupa kažnjava se novčanom kaznom.

Za zlostavljane osobe:

Nakon policijske intervencije obratit će Vam se nadležna služba za suzbijanje obiteljskog nasilja (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) i ponudit će Vam usluge odgovarajućeg savjetovališta i uputiti Vas na nadležnu stručnu službu. Ova usluga je besplatna.

Kao žrtva kaznenog djela imate pravo na usluge savjetovališta za pomoć žrtvama kaznenih djela. U tom slučaju policija će – uz Vašu suglasnost – proslijediti Vaše osobne podatke izravno Savjetovalištu za pomoć žrtvama kaznenih djela kantona Aargau i Solothurn (Opferhilfe AG/SO). Djelatnici savjetovališta stupit će s Vama u kontakt i pomoći Vam pri daljnjem postupku. Vi se i sami možete obratiti savjetovalištu za žrtve kaznenih djela (tel. 062 837 50 60). Usluge ovog savjetovališta su također besplatne. Djelatnici savjetovališta će Vam pružiti potrebna obavještenja u slučaju da okružnom sudu želite podnijeti zahtjev za zaštitu koja traje duže od zabrane pristupa. Zahtjev se podnosi prije isteka zabrane.

Ukoliko se zlostavljač ne pridržava zabrane pristupa, najbolje je da odmah pozovete policiju (tel. 117). Ukoliko se ne osjećate sigurno kod kuće, možda možete naći utočište kod rođaka, znanaca ili u Sigurnoj kući za zlostavljane žene (Frauenhaus Aargau-Solothurn, tel. 062 823 86 00).

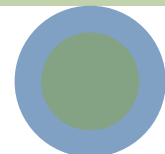
Za zlostavljače:

Nasiljem se ništa ne rješava. Nakon policijske intervencije obratit će Vam se nadležna služba za suzbijanje obiteljskog nasilja (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) i pozvat će Vas na kratak razgovor. Uz pomoć stručne osobe razjasnit će se kakva Vam je podrška potrebna kako biste se ubuduće klonili nasilja. Ova savjetodavna usluga je besplatna.

Savjetovalište «Gewaltfrei» (bez nasilja) (tel. 062 834 40 20) pruža dugoročnu pomoć nasilnim osobama te program za ovladavanje strategijama nenasilnog ponašanja. Te usluge nisu besplatne. Savjetovalištu se možete obratiti i bez prethodne policijske intervencije. Potražite pomoć dok još nije prekasno.

Adrese:

Adrese najvažnijih ustanova zaduženih za obiteljsko nasilje naći ćete na odvojivoj preklopnoj stranici na kraju brošure.



Não à violência!

Informação sobre a expulsão e a proibição de livre acesso em caso de violência doméstica – medidas de segurança no âmbito do direito civil

A partir de 1 de Janeiro de 2007, a polícia do cantão de Aargau, pode expulsar uma pessoa violenta do apartamento ou da casa em que vive e ordenar uma proibição de entrada nesse mesmo local de até 20 dias. Através desta medida de segurança pretende-se evitar mais violência na esfera pessoal, do matrimónio e da família. Durante o tempo de proibição de livre acesso, o agressor não pode entrar no apartamento, ou na casa, nem permanecer nas imediações da habitação, mesmo que a pessoa molestada esteja de acordo com o seu retorno. Se o agressor não observar a proibição, será multado.

Para as vítimas de violência:

A seguir a uma intervenção da polícia, o Centro de atendimento para vítimas de violência doméstica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) entra em contacto consigo e oferece-lhe um aconselhamento e a indicação de um serviço especializado adequado. Este serviço é gratuito.

Se houver uma infração penal, tem o direito a usufruir do apoio às vítimas. Neste caso, com o seu consentimento a polícia envia directamente os seus dados pessoais ao Serviço de apoio à vítima (Opferhilfe AG/SO). A conselheira ou o conselheiro entrará em contacto consigo e irá ajudá-lo nos procedimentos seguintes. Por sua vez, pode igualmente contactar o Serviço de apoio à vítima (Tel. 062 837 50 60). Este aconselhamento também é gratuito. O Serviço de apoio à vítima informá-lo-á a partir de quando é que pode pedir o prolongamento do afastamento, ao Tribunal da Comarca (Bezirksgericht). A procuração deve ser feita antes de terminar a proibição de acesso.

Se o agressor não cumprir a proibição de acesso, aconselhamo-lo a telefonar de imediato à polícia (Tel. 117). Se não se sente em segurança, pode encontrar protecção em casa de família, de amigos ou na Casa das Mulheres (Frauenhaus Aargau-Solothurn, Tel. 062 823 86 00).

Para os agressores:

A violência não é uma solução. A seguir a uma intervenção da polícia, o Centro de atendimento para vítimas de violência doméstica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) entra em contacto consigo e convida para um aconselhamento breve. Juntamente com um especialista é esclarecido sobre o apoio de que precisa para evitar violência no futuro. Este serviço é gratuito. O Serviço de aconselhamento «Gewaltfrei» (Sem Violência) (Tel. 062 834 40 20) oferece um aconselhamento a longo prazo no âmbito da violência, bem como um programa de aprendizagem de estratégias para possibilitar um comportamento sem violência. Estas ofertas estão sujeitas a uma contribuição nas despesas. Também pode procurar o Serviço de aconselhamento sem uma intervenção prévia da polícia. Procure ajuda antes que seja tarde demais.

Endereços:

Os endereços de maior utilidade para casos de violência doméstica encontram-se na capa amovível pelo picotado, no verso da brochura.

¡Stop a la violencia!

Información sobre la orden de expulsión y de alejamiento en caso de violencia doméstica – Medida de protección jurídico-civil

A partir del 1 de enero de 2007 la policía del cantón de Argovia puede expulsar a las personas violentas de su piso o casa y conceder una orden de alejamiento por un máximo de veinte días. Con esta medida se evitará que la violencia dentro de la familia, el matrimonio y la pareja continúe. Durante el plazo de alejamiento la persona expulsada no podrá entrar en el piso o la casa ni aproximarse al entorno circundante, incluso si la persona afectada está de acuerdo con su regreso. Si la persona expulsada no cumple la orden de alejamiento, será penalizada.

Para las víctimas de la violencia:

Subsiguientemente a una intervención policial el departamento encargado de combatir la violencia doméstica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) se pondrá en contacto con Usted y le ofrecerá asesoría así como la mediación al departamento especializado apropiado al caso. Este servicio es gratuito. Caso que tenga lugar un acto punible tiene Usted el derecho de solicitar el servicio de la Oficina de ayuda a las víctimas. En este caso la policía, en caso de que Usted así lo desee, entregará sus datos personales directamente a la Oficina de ayuda a las víctimas (Opferhilfe AG/SO). La asesora o consejera se pondrá entonces en contacto con usted y le ayudará en relación al modo en que haya de procederse en adelante. También puede dirigirse directamente a esta oficina (tel. 062 837 50 60). También ésta asesoría es gratuita.

La Oficina de ayuda a las víctimas le informará asimismo en caso de que quiera solicitar en el juzgado (Bezirksgericht) una orden de protección que se prolongue más allá de la orden de alejamiento. Dicha solicitud se deberá presentar antes de que finalice el plazo de la orden.

En caso de que la persona expulsada no cumpla con la orden de alejamiento, Usted deberá llamar inmediatamente a la policía (tel. 117). Si no se siente segura en casa, recurra a familiares, conocidos o a las Casas de acogida de mujeres maltratadas (Frauenhaus Aargau-Solothurn, tel. 062 823 86 00).

Para personas que cometan actos de violencia:

La violencia no soluciona nada. Subsiguientemente a una intervención policial el departamento encargado de combatir la violencia doméstica (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) se pondrá en contacto con Usted y lo invitará a una brevemente conversación. Junto con una persona especializada se dilucidará el apoyo que Usted necesite a fin de renunciar en el futuro a la violencia. Este servicio es gratuito.

El departamento de asesoría «Gewaltfrei» (Sinviolencia) (tel. 062 834 40 20) le ofrece una asesoría en relación a la violencia a largo plazo así como participar en un programa a fin de que pueda aprender Usted estrategias conducentes a una conducta no violenta. En relación a esta oferta se prevee una participación en los costes. Puede Usted visitar también el departamento de asesoría sin previa intervención de la policía. ¡Acepte la ayuda antes de que sea demasiado tarde!

Direcciones:

Las principales direcciones de ayuda en caso de violencia doméstica las encontrará en la solapa separable al final del folleto.

வன்முறையை நிறுத்து!

வீட்டில் இடம்பெறும் வன்முறையின்போது வெளியேற்றலும் பிரவேசத்தடையும் பற்றிய குடிசார்சட்ட பாதுகாப்பு நடவடிக்கைகளுக்கான தகவல்கள்.

1. தை 2007இல் இருந்து Aargau மாநிலப் பொலிசாரால் வன்முறையைப் பிரயோகித்த நபர்களுக்கு வீட்டிலிருந்து வெளியேற்ற உத்தரவும் அவர்கள் வீட்டிற்கு 20 நாட்கள் வரை திரும்பிவராமல் இருக்க தடையும் விதிக்கலாம். அத்துடன் மீண்டும் தனிப்பட்ட குடும்ப சமூகச்சூழலிலும், திருமண வாழ்க்கைக்கும், இணைந்த இருவருக்கான உறவுக்கும் வன்முறையை தவிர்க்கலாம். பிரவேசத்தடை காலத்தில் வெளியேற்றப்பட்ட நபர் வீட்டிற்கும் அதேபோல் வீட்டுச் சுற்றுப்புறத்திற்கும் பிரவேசிக்க முடியாது. வீட்டிற்கு திரும்பி வருவதற்கு பாதிக்கப்பட்ட நபர் சம்மதித்தாலும் திரும்பி வரமுடியாது. வெளியேற்றப்பட்ட நபர் பிரவேசத்தடையை மீறினால் பணத்தண்டனை விதிக்கப்படும்.

பாதிக்கப்பட்ட நபருக்கு:

பொலிஸ் தலையீட்டை தொடர்ந்து குடும்ப வன்முறைக்கு எதிரான உதவி நிலையம் (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) உங்களுடன் தொடர்புகொண்டு உங்களுக்கு ஆலோசனை வழங்குவதோடு அத்துடன் பொருத்தமான துறைசார் நிலையத்திற்கு பரிந்துரை செய்வார்கள். இச்சேவைகள் கட்டணமற்றவை.

குற்றசெயல்கள் காணப்பட்டால், பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்தில் உதவி கோருவதற்கு உங்களுக்கு உரிமையுண்டு. இத்தால் நீங்கள் விருப்பப்படி தங்களது விபரங்களை நேரடியாக பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்திற்கு (Opferhilfe AG/SO) பொலிஸார் அனுப்பி வைப்பார். இந்த ஆலோசகர் பின்பு தங்களுடன் தொடர்பு ஏற்படுத்தி மேற்கொண்டு நடைபெறவேண்டியவற்றிற்கு உதவி செய்வார். பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்திற்கு உங்களாலும் தொடர்புகொள்ளமுடியும் (Opferhilfe AG/SO, தொலைபேசி: 062 837 50 60). இவ் ஆலோசனையும் இலவசமானது. உங்களுக்கு பிரவேசத்தடை நீடிக்கவேண்டுமாயின் மாவட்ட நீதிமன்றில் பாதுகாப்பு கோரி விண்ணப்பிப்பதற்கு பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்தில் இருந்து தகவல்தரப்படும். இவ்விண்ணப்பம் தடை விதித்த காலம் காலாவதியாகுமுன் விண்ணப்பித்தல் வேண்டும்.

வெளியேற்றப்பட்ட நபர் பிரவேசத்தடையை மீறினால் நீங்கள் உடனடியா பொலிஸாருக்கு தொலைபேசியில் தகவல் தெரிவிக்கலாம் (Polizei, தொலைபேசி: 117). பாதுகாப்பு இன்மையை உணர்வீர்களானால் உங்களுக்கு சாத்தியமாயின் உறவினர்களிடமோ, நண்பர்களிடமோ அல்லது மாதர் இல்லத்திலோ பாதுகாப்பு தேடலாம் (Frauenhaus Aargau-Solothurn, தொலைபேசி: 062 823 86 00).

வன்முறையில் ஈடுபட்ட நபருக்கு:

வன்முறையானது தீவாகாது. பொலிஸ் தலையீட்டை தொடர்ந்து குடும்ப வன்முறைக்கு எதிரான உதவி நிலையம் (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) உங்களுடன் தொடர்புகொண்டு உங்களை ஒரு சிறிய ஆலோசனைக்கு அழைப்பார். எதிர்காலத்தில் வன்முறையை தவிர்ப்பதற்கு உங்களுக்கு எவ்வகை உதவி தேவைப்படும் என ஒரு துறைசார் நிபுணருடன் இணைந்து தெளிவுபடுத்தப்படும். இச்சேவைகள் கட்டணமற்றவை.

ஆலோசனை நிலையம் வன்முறையின்மை-Gewaltfrei (தொலைபேசி: 062 834 40 20) நீண்டகால வன்முறை ஆலோசனை அத்துடன் வன்முறையற்ற நடவடிக்கைகளுக்கான தந்திரங்களை கற்பதற்கு ஒரு நிகழ்ச்சிநிரல்போன்று வழங்கப்படும். இத்த வழங்குதலுக்கு கட்டணம் அறவிடப்படும். முன்னதாகவே பொலிஸ் தலையீடு இல்லாமலும் நீங்களாகவே ஆலோசனை நிலையத்தை தொடர்பு கொள்ளலாம். காலதாமதமாகுமுன் உதவி கோருங்கள்.

முகவரிகள்:

வீட்டில் இடம்பெறும் வன்முறைக்கு உதவிசெய்யும் நிலையங்களின் முக்கிய முகவரிகள் கையேட்டின் முடிவில் கிழித்தெடுக்கும் பகுதியில் இருக்கும்

Şiddeti Durdurun!

Aile içi şiddet durumunda evden uzaklaştırma ve eve girme yasağı konusunda bilgiler – Hukuki tedbirler

1. Ocak 2007 tarihinden itibaren Kanton Aargau Polisi şiddet uygulayan kişileri evden uzaklaştırabilir ve eve geri dönmelerini 20 güne kadar kesinlikle yasaklayabilir. Böylelikle aile içinde ve eşler arasında şiddetin devam etmemesi sağlanmış olur.

Polisin koyduğu eve dönme yasağı süresince, evden uzaklaştırılan şahıs; ailesinin, eşinin veya birlikte yaşadığı hayat arkadaşının yaşadığı daireye, binaya ve bina çevresine giremez, oralarda dolaşamaz. Şiddet uyguladığı şahıs kendisini affetse ve izin verse dahi eve geri dönemez. Yasağı çiğnemesi durumunda ise para cezası ile cezalandırılır.

Şiddete mağruz kalan kişi için:

Hanede şiddet konularında başvuru merkezi (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) polisin müdahalesinden sonra sizinle ilişkiye geçer, bir danışma hizmeti sunar ve konuya uygun bir yetkili kurumu size önerir. Bu hizmet ücretsizdir.

İşlenmiş bir suç söz konusuysa mağdur yardımı talebinde bulunma hakkına sahipsiniz. Bu durumda – isteğe bağlı olarak – kimlik bilgileriniz doğrudan (Opferhilfe AG/SO) mağdur yardımı kurumuna iletilir. İlgili danışman sizinle ilişkiye geçer ve yapılacaklar konusunda size yardımcı olur. Siz, polisin aracılığı olmadan, kendi başınıza da bu Danışma Merkezini arayıp bilgi alabilirsiniz (Tel. 062 837 50 60). Bu hizmet de ücretsizdir. Eğer polisin koyduğundan daha uzun süre korunmak istiyorsanız, bulunduğunuz bölge mahkemesine yapabileceğiniz başvuru hakkında da; Mağdur Danışma Merkezi sizi yönlendirecek ve bilgilendirecektir. Mahkemeye yapılabilecek bu başvuru, henüz polisin koyduğu yasak bitmeden yapılmalıdır.

Evden uzaklaştırılan şahıs, kendisine konan yasağı çiğnerse; hemen polisi aramalısınız (Tel. 117). Kendinizi evinizde güvende hissetmiyorsanız; arkadaş, akraba ya da Kadın Sığınma Evine (Frauenhaus Aargau-Solothurn, Tel. 062 823 86 00) sığınıp kendinizi güvene alabilirsiniz.

Şiddete başvuran kişi içindir:

Şiddet bir çözüm değildir. Polisin müdahalesinden sonra hanede şiddet konularında başvuru merkezi (Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau) sizinle ilişkiye geçer ve sizi kısa bir danışma için davet eder. Yetkili bir kişiyle birlikte, gelecekte şiddetten kaçınmanız için nelere ihtiyaç duyduğunuz açıklığa kavuşturulur. Bu hizmet ücretsizdir.

«Gewaltfrei» (şiddetsiz) adındaki danışma merkezi (Tel. 062 834 40 20) gerek uzun vadeli şiddet konusunda bir danışma hizmeti, gerekse de şiddete başvurmadan nasıl davranılacağını öğrenme programı sunmaktadır. Bu danışma hizmetleri ücrete tabiidir. Polisin müdahalesinden önce de danışma merkezine başvurabilirsiniz. Yardıma başvurma konusunda geç kalmayın.

Adresler:

Aile içi şiddet durumlarında size yardım edebilecek kurumların adreslerini, broşürün sonundaki ayrılabilir zarf kapağında bulabilirsiniz.

Wichtige Adressen bei Gewalt in Ehe, Partnerschaft und Familie

Für Notfälle und Hilfe vor Ort:

Polizeinotruf Tel. 117

Sie können auf jedem Polizeiposten der Kantonspolizei eine Strafanzeige erstatten.

Kurzberatung für alle, die häusliche Gewalt erleben oder selber ausüben:

Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt (AHG-Aargau) Tel. 062 550 20 20
Bahnhofstrasse 18, 5000 Aarau

Nach einer Polizeiintervention werden Sie von der Anlaufstelle kontaktiert. Sie können die Beratungsstelle auch von sich aus kontaktieren.

Notunterkunft für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie für gewaltbetroffene weibliche Jugendliche von 13–18 Jahren, die Schutz und Sicherheit benötigen:

Frauenhaus Aargau-Solothurn Tel. 062 823 86 00
(rund um die Uhr)

Spezialisierte Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen, Männer und Kinder:

Wenn ein strafrechtliches Delikt vorliegt:
Opferhilfe AG/SO Tel. 062 837 50 60
Bahnhofstrasse 57, 5001 Aarau

ansonsten:
Beratung gegen häusliche Gewalt Tel. 062 837 50 12
Bahnhofstrasse 57, 5001 Aarau

Beide Beratungsstellen sowie die Jugend-, Ehe- und Familienberatung Ihres Bezirks informieren Sie, wenn Sie zivilrechtlichen Schutz beantragen wollen.

Für medizinische Hilfe:

Hausarzt oder -ärztin Tel.:

Notfallarzt oder -ärztin Tel.:
(Tel.-Nr. ist der regionalen Presse zu entnehmen)

Notfallstation des nächstgelegenen Spitals Tel.:
(Tel.-Nr. ist dem Telefonverzeichnis zu entnehmen)

Wenn Ihnen körperliche oder sexuelle Gewalt angetan wurde, sollten Sie sich ärztlich untersuchen und die Verletzungen dokumentieren lassen.

Für Migrantinnen und Migranten bei aufenthaltsrechtlichen Fragen:

Beratungsstelle Migrationsamt Kt. Aargau
Tel. 062 835 18 59
Tel. 062 835 18 52

Wenn Kinder oder Jugendliche (mit) betroffen sind:

Kinderschutzgruppe:
Kinderklinik, Kantonsspital Aarau Tel. 062 838 56 16
Kinderklinik, Kantonsspital Baden Tel. 056 486 37 05

Opferhilfe AG/SO Tel. 062 837 50 60
Bahnhofstrasse 57, 5001 Aarau

Elternotruf Tel. 062 835 45 50
(rund um die Uhr)

Behörden oder Fachstellen, die einen Notfallplatz für Kinder oder Jugendliche suchen, finden hier eine Übersicht der freien Plätze:

www.ag.ch/shw

(Rubrik «Einrichtungen»/«Einrichtungen für Kinder und Jugendliche»
Dokument «Offene Notfallplätze»)

Für Kinder und Jugendliche:

Jugendpsychologischer Dienst
Aarau Tel. 062 832 64 40
Baden Tel. 062 832 65 40

Telefonische Beratung Tel. 147
(rund um die Uhr, Anruf ist gratis)

Online-Beratung www.tschau.ch

Für Männer und Frauen, die häusliche Gewalt ausüben oder androhen:

Gewaltfrei. Beratungsstelle für gewaltausübende Personen Tel. 062 834 40 20
Bahnhofstrasse 92, 5001 Aarau

Wenn Sie in einer Krisensituation sind und eine anonyme Beratung per Telefon, E-Mail oder Einzelchat wünschen:

Die Dargebotene Hand Tel. 143
(rund um die Uhr) www.143.ch